

*Wer bestellt, der bezahlt! – Übernahme der Kosten für die ab Herbst 2015 erfolgte Masseneinwanderung durch den Bund
– Antrag der AfD-Fraktion –
(angemeldet von der AfD-Fraktion)*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

AfD und seriöse Flüchtlingsthemen. Das ist kaum vorstellbar. Das ist kaum miteinander zu verbinden.
Wie Pol und Gegenpol stößt sich das einfach ab.

Migration ist ein Thema, das die Gesellschaft spaltet, ein Thema, das wie wir in den vergangenen Jahren gelernt haben, die politische Richtung in vielen Ländern nach rechts abdriften ließ. Das ist die große Gefahr! Wir Liberale treten für eine weltoffene Gesellschaft ein. Deshalb darf hier kein Würfeln über die Höhe der Kostenbeteiligung des Bundes stattfinden.
Sinkende Zuwanderung und steigende Integrationskosten müssen in Einklang gebracht werden!

Herr Dr. Wolf, ich habe mich nicht besonders darüber gewundert, dass als der Bundestag am 29. November 2018, über die fortgesetzte Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen entschied, die AfD die einzige Fraktion war, die dagegen stimmte.

Nun ihr Antrag ist deshalb zwar verwunderlich, aber ich als Liberale bin immer bereit vorurteilsfrei in eine Sachdiskussion einzusteigen. Wenn man nun die provokante Überschrift weglässt, dann ist das Kernthema ein fraktionsübergreifendes Anliegen. Nämlich, die Fragen danach, wer trägt künftig die Kosten der Integration und kann der Bund höhere Kosten auf die Länder abwälzen.

Fakt ist: An den zuwanderungsbedingten Kosten hat sich der Bund, laut der ebenfalls heute auf der Tagesordnung stehenden Drucksache 21/16647, in Hamburg im Jahr 2018 mit rund 176 Mio. Euro beteiligt. Die Erstattung des Bundes erfolgte in Höhe von 121 Mio. Euro im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung. Etwa 55 Mio. Euro wurden direkt in die Einzelpläne, unter anderem für die Kosten der Unterkunft und den sozialen Wohnungsbau zugewiesen. Der erste Vorschlag des ehemaliger Bürgermeisters und nunmehr Bundesfinanzministers Scholz, die Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingsausgaben der Länder und Kommunen deutlich zurückzufahren, war einfach inakzeptabel.

Das Länder wie auch Hamburg dagegen Sturm liefen, war klar. Ich würde meinen es war sogar Taktik um zu schockieren und mit einem zweiten Vorschlag das worst case szenario abzuwenden. Nun wie sich zeigte, spielte Herr Scholz damit einfach nur den Populisten in die Hände.

Jetzt hat Herr Scholz verkündet, dass der Bund auch die zusätzlichen Kosten für die Unterkunft der Flüchtlinge übernehmen werde. Der zweite Vorschlag ist immerhin ein Entgegenkommen.

Die Hamburger SPD sollte Hr. Scholz bei nächster Gelegenheit darüber aufklären, dass der Bund für das Asylrecht zuständig ist und darum auch finanziell dafür verantwortlich ist.

Es kann nicht angehen, dass immer mehr Aufgaben im Asylbereich auf die Länder und Kommunen abgewälzt werden, ohne dass deren Kosten durch den Bund getragen werden.

Diese Aufgabenverlagerung ohne finanzielle Kompensation stellt einen Bruch der vollmundigen Versprechungen dar, die Länder mit den Folgen der Migration nicht alleine zu lassen.

Die Integrationspolitik in den Ländern und insbesondere in Hamburg darf nicht einfach aufs Spiel gesetzt werden, weil der Bund einseitig nur auf die Zugangszahlen schaut. Wir erwarten, dass Hamburg seinen Einfluss im Bund nutzt und auf eine faire Kostenbeteiligung des Bundes an den zugewanderungsbedingten Kosten hinwirkt.

Vielen Dank!